Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugspreis für Dresden vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 von 8–4, Sonntags bis 12 Uhr. Zu Verkauf: Nr. 1 Pfennig, nur an Wochentagen bis 8 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., für Vereine und aus Heimgen 20 Pfg., 2spaltige Zeile (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg. Eine Gewähr für die richtige Aufnahme der Inserate wird nicht gegeben. Ausführliche Ankündigungen gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Beilegung. Für Aufnahme einzelner Schreibstücke keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück.

Dresden, 1891.

G. H. Rehfeld & Sohn
Neust. Hauptstr. 24/26 Altst. König-Johannstr. 15.
Fabrik v. Contobüchern
Schutz-Marke

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.

Ferd. Gerlach Nachfolger
Weinhandlung mit Probierstuben
Moritzstrasse 4. Fernsprechst. 321.
Gewähr für reine Naturweine.
Täglich frische Austern.

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Oelfarben in Tuben für Kunst- und Decorationsmalerei.
Aquarellfarben trock. u. hell-feucht und in Tuben.
Carl Tiedemann, Hoflieferant
Altstadt: Marienstrasse 10, Amalienstrasse 18.
Neustadt: Helgoländerstrasse, „Stadt Berlin".

Hanns Hanfstaengl (C. A. Teich), Kgl. Sächs. Hofphotograph, Pragerstr. 36.

Nr. 39. Spiegel: Marx' Kritik des sozialdemokratischen Programms. Hofnachrichten, Fischerei-Verein, Vortrag über Südtirol, Skulpturensammlung, Gerichtsverhandlungen. „Der Gewissen zwan", Tonkünstlerverein-Concert.

Sonntag, 8. Februar.

Politisches.

Unsere realistische Zeit hat wenig Sinn für Märchen, sonst könnte man ihr heute einmal Folgendes erzählen: Es war einmal ein Mann, der stammte aus dem Orient. Während seines Lebens sammelte er manche Reichthümer auf. Da traf er eines Tages einen Landsmann aus Mesopotamien, der handelte mit Edelsteinen und rieth, sein Vermögen hinzugeben für einen großen, hellfunkelnden Stein, dessen Werth er nach Millionen bezifferte. Und der alte Orientale ging auf den Vorschlag ein. Als aber einige Zeit vergangen war, da ließ er den Stein von einem Freunde, der ein Goldschmied war, prüfen und er erkannte, daß derselbe falsch war. Zwar war er anfangs sehr bestürzt, aber bald faßte er sich in dem Gedanken, daß vielleicht er selbst, vielleicht auch einer seiner zahlreichen Söhne den Stein als echt weiter verkaufen könne. Darüber starb er hin, nachdem er seinen Erben mitgetheilt, daß ihr Kleinod werthlos sei. Die Söhne aber kümmerten sich nicht darum, sie priesen weiter den Werth des falschen Diamanten und aus allen Ecken und Enden des Landes strömten Leute herbei, sich an dem Feuer des Steines zu weiden. Und die Söhne gewannen Credit allerorten, und viele Bethörte vertrauten ihnen, weil sie reich waren. Nur Einer sah dies Treiben mit Scham und Zorn, das war der Freund des Alten, der Goldschmied. Und eines Tages verkündete er Allen, daß der Stein falsch sei und daß die Besitzer dies wüßten. Die Erben aber erklärten lachend: „Nun, war der Stein auch falsch, so hat er uns doch reich gemacht und Viele angelockt und verblendet". — In einfache Prosa übertragen würde das Märchen also lauten: „Von Lassalle übernahmen die Herren Bebel, Liebknecht und Singer ein Programm, durch welches sie zahllose Arbeiter bezauberten und bethörten; Marx jedoch, der weise Goldschmied, hat ihnen längst erklärt, daß dieses Programm eine große Lüge sei. Jene Herren aber, die das wohl erkannten, vertrauten darauf, daß der deutsche Arbeiter durch funkelnde Phrasen vom „ehernen Lohngesetz" und dergl. sich werde täuschen lassen und sie irrten sich nicht. Tausende strömten ihren Fahnen zu. Siegesfreudig warf die Sozialdemokratie der bestehenden Ordnung den Fehdehandschuh hin, um jetzt plötzlich unangenehm zu erwachen: Ein hinterlassener Brief von Marx, dem anerkannten Haupt der Partei, ein Brief, den ein Friedrich Engels veröffentlichte, erklärt das Programm als ein durchaus verwerfliches und die Partei demoralisirendes, das er auch nicht länger „durch ein diplomatisches Stillschweigen" anerkennen will. Es mag das ein harter, sogar ein sehr harter Schlag für die Herren Singer und Genossen sein; jede andere Partei müßte verbluten, wenn ihr ein solches Malheur passirte, sie hätte auch schon verbluten müssen, als ein so angesehener Führer, wie Wilhelm Liebknecht, auf dem Parteitage in Halle das eherne Lohngesetz, welches ein Vierteljahrhundert hindurch der Grundpfeiler aller sozialdemokratischen Agitation war, einfach in die Rumpelkammer warf — bei den Sozialdemokraten wird aber selbst dieser von dem Parteihaupte geführte Schlag ziemlich wirkungslos abprallen, weil das Denken und Fühlen unserer Arbeiter durch eine verderbliche Agitation zum Theile längst zur Düngerstätte schlimmer Leidenschaften wurde. Und doch darf der Patriot die Hoffnung nicht aufgeben, daß es auf dem Wege einer vernünftigen, maßvollen Sozialreform und eines warmherzig bethätigten praktischen Christenthums gelingen wird, die wilden Leidenschaften zu erdrücken und die Arbeiter für Staat und Vaterland, für Monarchie und Christenthum wiederzugewinnen.

Die Geschichte des Programms, das Karl Marx und mit ihm Friedrich Engels in so schneidender Kritik geißelt, ist einfach folgende: Im Jahre 1875 vereinigten sich die verschiedenen Gruppen der deutschen Sozialdemokraten, die Lassalleaner und Eisenacher, zu einem gemeinsamen Programm. Der Entwurf desselben wurde an Karl Marx zur Beurtheilung gesandt, und dieser unterzog ihn einer Kritik, die er den Herren Bracke, Geib, Auer, Bebel und Liebknecht mittheilte, die aber alsdann an Marx zurückgestellt wurde. Sechszehn Jahre lang wurde munter drauf los agitirt mit einem Programm, das von dem anerkannten wissenschaftlichen Haupte der Partei geradezu vernichtend kritisirt worden war, dessen Besprechung ihm die Worte eingegeben: „Die blose Thatsache, daß die Vertreter unserer Partei fähig waren, ein so ungeheuerliches Attentat auf die in der Parteimasse verbreitete Einsicht zu begehen, beweist sie nicht allein, mit welchem . . . Leichtsinn sie bei Abfassung des Kompromiß-Programms zu Werke gingen?" Und weiter sagt das sozialistische Parteihaupt: „Das ganze Programm, trotz allen demokratischen Geklingels, ist durch und durch vom Unterthanenglauben der Lassalle'schen Sekte an den Staat verpestet oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben, oder vielmehr ist es ein Kompromiß zwischen diesen zwei Sorten." Am besten wäre es ja nun, diese Sätze in ihrer lapidaren Deutlichkeit wirken zu lassen, aber immerhin lohnt es sich doch auch, auf einige Einzelheiten einzugehen. Marx sagt über das eherne Lohngesetz: „Dasselbe fußt auf der Bevölkerungs-Theorie von Malthus. Ist diese aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz nicht aufheben, und wenn ich hundertmal die Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern jedes gesellschaftliche System beherrscht. Gerade hierauf fußend haben seit fünfzig Jahren und länger die Oekonomisten bewiesen, daß der Sozialismus das naturbegründete Elend nicht aufheben, sondern nur verallgemeinern, über die ganze Oberfläche der Gesellschaft vertheilen könne." In ähnlicher Weise geht Marx mit den anderen Forderungen des Programms in's Gericht, von dem bekanntlich Herr Liebknecht in Halle unter „stürmischem, lang anhaltendem Beifall" sagte: „Dies Programm ist uns lieb geworden. Wer das Sozialistengesetz ein eiserner Reifen, so war unser Programm ein Diamantband." Marx weist nach, daß die Diamanten — falsch sind. So bemerkt er zu der Forderung Allgemeine Schulpflicht, Unentgeltlicher Unterricht: „Die erste existirt selbst in Deutschland, die zweite in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten für Volksschulen. Wenn in einigen Staaten auch höhere Unterrichtsanstalten „unentgeltlich" sind, so heißt das faktisch nur den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel bestreiten." Zum Kapitel „Unentgeltliche Rechtspflege" erklärt das Parteihaupt recht zutreffend: „Die Kriminal-Justiz ist überall unentgeltlich zu haben, die Civil-Justiz dreht sich fast nur um Eigenthums-Konflikte, berührt also fast nur die besitzenden Klassen. Sollen sie auf Kosten des Volkssäckels ihre Prozesse führen?" Sehr bemerkenswerth ist auch die Art und Weise, wie Marx den Glauben an die Einlullungs-Taktik der Hallenser zerstört, nach welcher der Uebergang in die große Kaserne des Zwangsstaates ohne gewaltsame revolutionäre Eingriffe allmählich und schmerzlos sich vollziehen soll. Er erklärte mit rücksichtsloser Offenheit, daß der Uebergang nur möglich sei „durch eine revolutionäre Periode, durch die revolutionäre Diktatur des Proletariats". Wer die Ereignisse des Jahres 1871 mit erlebte und die Schreckensthaten der Commune kennt, wird sich ungefähr die sanfte Wirkung dieses Abführmittels, durch welches der staatliche Körper gereinigt werden soll, ausmalen können. — Trotz des „mit dem Beleidigtsein geschriebenen Protestes" des alten Marx wurde das „verpestete Programm" angenommen, und Herr Liebknecht lief 15 Jahre lang hinter der „Sturmfahne" einher, die sein Meister als Schmutzlappen bezeichnet hatte, und sprach dann in Halle von seinen Prinzipien. Der Zweck heiligt das Mittel! — Der Edelstein ist falsch — was thut's? Wenn der schöne Monat Mai gekommen, wo die Blumen sprießen und die Lerche jubelnd an ihren Liedern in die Höhe klettert, dann sollen trotzdem und trotz alledem die bethörten Arbeiter abermals der Lockpfeife des Herrn Singer folgen und am ersten Sonntag — so will es der Beschluß der Reichstags-Fraktion — eine unbewaffnete Heerschau der Revolution abhalten. Massen-Ausflüge, Massen-Umzüge, Massen-Versammlungen sollen eine „imposante, würdige, aber ruhige und wahrhaft großartige" Kundgebung bilden. Wozu soll das dienen? Nach einem praktischen Zweck sucht man vergebens. Es soll der Tag eine Demonstration, eine Drohung gegen Staat und Gesellschaft bilden; man will die Arbeiter absondern von den übrigen Bevölkerungsklassen und sie hinstellen, als lebten sie im Kriegszustande mit denselben. Die portugiesischen, österreichischen und französischen Sozialdemokraten sind bereits mit ihren Vorbereitungen beschäftigt, andere Länder werden sich anschließen, die rothe Internationale wird Gelegenheit haben, sich als solche zu fühlen, und das Hochgefühl der Internationalität, der Nationslosigkeit wird die Brust schwellen. Es ist ein gefährliches Spiel, welches die Arbeiter treiben, um die sozialdemokratischen Führer in ihrer ganzen Machtfülle zu verherrlichen, wie es ein gefährliches Spiel ist, wenn sie ihr Wohl auf die blutige Karte setzen, die Marx als „revolutionäre Diktatur des Proletariates" bezeichnet. Im Vaterlande, in der Nation liegen allein auch die starken Wurzeln der Kraft des Arbeiterthums; vernichtet diese Wurzeln, und ihr grabt unwissend das eigene Grab!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 7 Februar

Berlin. Reichstag. Eine Reihe von Petitionen wird als zur Erörterung im Plenum für nicht geeignet erklärt und sodann in die erste Berathung der Novelle zum Branntweinsteuergesetz eingetreten. Staatssekretär Freiherr v. Maltzahn: Zu einer grundsätzlichen Revision des erst vor 3 Jahren in Kraft getretenen Gesetzes sei der Zeitpunkt noch nicht gekommen, um so weniger als sich die Wirkungen des Gesetzes noch nicht übersehen lassen. Die Volkszählungsresultate können bei der neuen Kontingentirung noch nicht berücksichtigt worden, da sie noch nicht abgeschlossen seien. Die Zollbestimmung (Wegfall der günstigeren Behandlung von echtem Cognac, Arac, Rum) bezwecke keine Mehreinnahme, sondern sei lediglich durch technische Schwierigkeiten veranlaßt, deren Ueberwindung, wenn die Bestimmung abgelehnt werden sollte, auf anderem Wege werde erstrebt werden. — Abg. Hug (Centr.) kündigt einen Antrag an, wonach eine in landwirthschaftlichen Brennereien als Hausdrunk aus Wein- und Obsttrückständen mit einfachen Brennvorrichtungen hergestellte Jahresmenge von 10 Liter Reinalkohol steuerfrei sein soll. Der finanzielle Ausfall könne nicht in Frage kommen. — Staatssekretär v. Maltzahn: Eine neue Vergünstigung für die kleinen süddeutschen Brenner würde die kleinen Brenner Norddeutschlands veranlassen, auch entsprechende Vergünstigungen zu fordern. Durch die bestehenden Gesetze seien den kleinen landwirthschaftlichen Brennern bereits mehrfache Erleichterungen gewährt. Die Erfahrungen in Frankreich seien für den angekündigten Antrag nicht günstig. — Badischer Bundesbevollmächtigter v. Scheerer: Wenn Hug den angekündigten Antrag einbringe, werde er ihn im Bundesrath unterstützen. — Abg. Holtz (Rp.) spricht seine Genugthuung darüber aus, daß die Vorlage an der Grundlage des Branntweinsteuergesetzes, in das sich die Landwirthschaft eingelebt habe, nichts ändere. Den Erleichterungen, welche die Vorlage für kleine Brenner bringe, stimme er zu, wie er immer bestrebt sein werde, den kleinen Brennern Erleichterung zu schaffen, nur dürfe sich daraus nicht eine neue, die bestehende gefährdende Industrie entwickeln. Er wird gegen die Zollbestimmung stimmen, da echter Cognac, Rum und Arac zum Verschnitt gebracht werde und die Branntwein-Fabrikation keinen Anlaß habe, bei den Eigenschaften unseres rektifizirten Kartoffel-Spiritus unechten Sprit einzuführen. — Abg. Dr. Barth (freis.): Das Branntweinsteuergesetz gewähre den Großbrennern alle möglichen Privilegien, den Kleinbrennern allerlei Nachtheile. Die Freisinnigen würden bemüht sein, das Verhältniß zu Gunsten der Kleinbrenner zu bessern. Freilich werde nicht viel erreicht werden, wenn man nicht dazu übergehe, das Branntweinsteuergesetz in Haupt und Gliedern umzugestalten. So wenig wie beim Zucker liege beim Branntwein eine Veranlassung vor, neben der Verbrauchssteuer eine Materialsteuer bestehen zu lassen. Das Privilegium, das aus den Taschen der Branntwein-Konsumenten 40 Millionen ziehe, um sie einer beschränkten Anzahl gutsituirter Leute zuzuwenden, sei unhaltbar. Es finde nirgends seines Gleichen. (Widerspruch.) Er werde einen auf Beseitigung dieses Zustandes gerichteten Antrag einbringen. — Abg. Dr. Buhl (nationall.): Wenn Barth es unternehme, das Problem zu lösen, gleichzeitig die Privilegien zu beseitigen und den kleinen Brennern Erleichterungen zu schaffen, werde er mit größter Aufmerksamkeit zuhören. Weitere Erleichterungen ließen sich vielleicht auf dem Wege erreichen, daß man den Einzelstaaten hierzu das Recht ertheilte. Die Ausführung des Gesetzes gebe zu mannigfachen Klagen Anlaß. — Abg. Zorn v. Bulach: Das Branntweinsteuergesetz habe in Elsaß-Lothringen große Mißstimmung hervorgerufen, da es dort, wie überhaupt in Süddeutschland, die Brennerei nichtmehliger Stoffe fast unmöglich mache. Wie beim Bier, so sollte man auch beim Branntwein den Hausdrunk frei lassen. Man würde damit in Elsaß-Lothringen Zufriedenheit schaffen. — Abg. Wurm (Soz.): Seine Freunde ließen sich auf Flickwerk nicht ein, das ganze Gesetz sei nicht werth, erhalten zu bleiben; es erlege 11 bis 13 Millionen Proletariern eine Jahressteuer von 15 bis 16 Mk. pro Kopf auf. Durch die Vertheuerung des Branntweins sei der Konsum nicht zurückgegangen. Der arme Mann müsse nur mehr bezahlen, was er sich anderwärts abdarbe. Zurückgegangen sei nur der Export; die Landwirthschaft habe keinen Vortheil von dem Gesetz. Nur 0,16 Proz. der landwirthschaftlichen Betriebe seien mit Brennereien verbunden. Die meisten derselben seien so klein, daß sie nur Nachtheil von dem Gesetz hätten. Dagegen fielen an einige große Brenner jährlich je 100,000 Mk. als Nationalgeschenk der Proletarier. Dazu komme noch eine erhebliche Exportprämie, die der des Zuckers sehr ähnlich sei. — Abg. Dr. Windthorst: Das Branntweinsteuergesetz sei erlassen worden, weil das Reich Geld brauchte. Dabei müßte vorsichtig verfahren werden, um nicht wichtige Erwerbsinteressen schwer zu schädigen. Dabei kamen die ländlichen Arbeiter in erster Linie mit in Betracht. — Abg. Menzer (kons.) befürwortet die Vorlage, Dr. Hoeffel (Rp.) die Freilassung des Hausdrunks. Nachdem noch Abg. Dr. Brömel (freis.) das Branntweinsteuergesetz überhaupt bekämpft, wurde die Novelle an eine 21er Kommission verwiesen. — Morgen Wahlprüfungen.

Berlin. Der Kaiser hat der „Kreuz-" zufolge den Oberquartiermeister Generalleutnant Graf Schlieffen nunmehr zum Generalstabschef ernannt. — Wißmann kehrt im April nach Deutschland zurück, es heißt, er werde wieder in die Dienste des Kongostaates treten. Auch v. Gravenreuth dürfte nicht in seiner Stellung bleiben. — Für die Zuckersteuerreform ist eine Mehrheit im Reichstag unter der Voraussetzung der Gewährung einer Prämie von 1,25 Mk. ohne zeitliche Begrenzung festgestellt. — Die Begebung der neuen deutschen Reichsanleihe und preußischen Konsols insgesammt im Betrage von 400 Millionen Mk. gilt als unmittelbar bevorstehend. Der Eröffnungskurs soll sich auf etwa 85 Proz. stellen. — Das Abgeordnetenhaus erledigte die Etats der landwirthschaftlichen Forst- und Lotterieverwaltung. Regierungsseitig wurde konstatirt, daß der Zudrang zur Forstcarrière so groß sei, daß Die, welche jetzt das Forstreferendar-Examen machen, erst in 20 Jahren auf feste Anstellung hoffen können. — Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschloß, die Wahl Grundt's (8. Wahlkreis Sachsen) zu beanstanden. — Der Versuch bei dem großen Erfolge des gestrigen Patti-Concertes ein zweites Concert am Sonnabend zu Stande zu bringen, ist gescheitert.

Wien. Der oberste Gerichtshof hat in dem Wadowicer Auswanderungsprozeß zwei der Angeklagten gänzlich freigesprochen und bei zahlreichen anderen, in der Vorinstanz Verurtheilten selbst bei solchen, welche auf das Rechtsmittel der Berufung verzichtet und ihre Strafe bereits angetreten hatten, ihre Strafe erheblich herabgesetzt.

London. Petersburger Meldungen berichten über einen Massenausstand auf den Admiralitätswerften in Petersburg. Ueber 3000 Arbeiter stellten die Arbeit ein. Direktor Verhoffsky wurde bei dem Versuche, die Unförmigkeit zu unterdrücken, schwer verletzt und der Polizeipräfekt Gresser verhöhnt. Die Vorsichtsmaßregeln zum Schutze des Zaren sind verdoppelt worden.

Die **Berliner Börse** eröffnete in fester Haltung, doch schwächten sich die Course bald etwas ab, auch wurde das Geschäft wieder ruhiger. Erst gegen Schluß befestigte sich die Tendenz wieder auf höhere Pariser Notirungen. Banken setzten höher ein und unterlagen später nur unerheblichen Schwankungen. Von deutschen Bahnen besonders Marienburger rege beachtet; Oesterreichische Bahnen fest und still. Fremde Renten gut behauptet, Italiener bevorzugt. Für Eisenwerthe bestand Nachfrage, Kohlen dagegen sehr still. Im Cassaverkehr Banken fest, ruhig; deutsche Bahnen lebhaft gefragt, österreichische ruhig, aber gleichfalls besser. Industrieen gut behauptet, deutsche Fonds vorwiegend fest, österreichische Prioritäten unverändert. Privatdiskont 2⅝ Proz. Nachbörse fest. — Wetter: Bedeckt, früh Schnee, später wärmer. West-Süd-West-Wind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 273,50. Staatsb. 215,60. Lomb. 115,25. Galizier —,—. Egypter 98,40. Unga. Gold. 92,25. Disconto 213,20. Dresdn. Bk. 156,20. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Fest.

Wien (Abends.) Credit 368,00. Staatsbahn 342,50. Lombarden 129,90. Nordwest 214,00. Marknoten 56 07½. Ung. Credit 345,00. Fest.

Paris. Schluß. Rente 95,57. Anleihe 105 12. Italiener 94,17. Staatsbahn 538,75. Lombarden 303,75. do Prioritäten —. Spanier 77. Egypter 490,31. Türken 623,75. Consolidirte 600,00. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Januar 26 50, per Mai-August 26 90, fest. Roggen per Januar 37 75, per September-December 39,25, ruhig. Rüböl per Januar 65,00, per Mai-August 67,25 still.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 223, per Mai —. Roggen per März 137, per Mai 150.

Berlin. Die Nationalbank für Deutschland erzielte einen Bruttogewinn von 4,942,151 M. und einen Reingewinn von 4,023,617 M. (1889 4,015,973 M.). Vorgeschlagen wird eine 9proz. Dividende. Der Uebertrag auf neue Rechnung beträgt 182,695, die bilanzmäßigen Reserven 7,540,000 M.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König und Se. Königl. Hoheit Prinz Georg begaben sich gestern früh mit mehreren Kavalieren als: Se. Exc. Generalleutnant von Kirchbach, Generalmajor v. Minckwitz, v. Cerrini, Oberst v. d. Planitz, Flügeladjutant Major v. Haugk, Rittmeister Freiherr v. Müller zur Hochwildjagd auf Schmiedeberger Revier. Das Frühstück fand im Walde, die Tafel im Kgl. Schlosse statt.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Friedrich August ist gestern Nachmittag aus Altenburg hier wieder eingetroffen.

— Dem ordentlichen Professor der Physiologie, Geheimen Hofrath Dr. Karl Friedrich Wilhelm Ludwig an der Universität zu Leipzig wurde der Titel und Rang als „Geheimer Rath" in der 2. Klasse der Hofrangordnung verliehen.

— Herr Reichstagsabgeordneter Kammerherr Freiherr v. Friesen ist nicht unbedenklich erkrankt.

— Eine Anzahl sächsischer Offiziere gehen im Laufe dieser Tage zu einem mehrmonatlichen Kommando nach Steyer in Oberösterreich ab, um für das 12. Armeekorps eine größere Anzahl neuer Gewehre von der dortigen Gewehrfabrik zu übernehmen.

— Der Sächsische Fischerei-Verein für das Königreich Sachsen hielt vorgestern Nachmittag in Renner's Restaurant zu den „Drei Raben" seine diesjährige General-Versammlung ab, welcher Se. Excellenz der Herr Staatsminister von Metzsch, die Herren Kreishauptmann von Hausen, Amtshauptmann Dr. Schmidt, Regierungsrath Münzner, mehrere Landtagsabgeordnete und eine große Zahl Mitglieder und Gäste beiwohnten, unter den letzteren auch der Präsident des Deutschen Fischerei-Vereins,

Hotel „Fürst Bismarck".
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5.